

Hauptausschusssitzung des Gemeinderats

Gestern Abend im Baden-Badener Rathaus - Aufgabe einer Metzgereifiliale stiehlt G20 die Show - OB sieht Probleme beim Baden-Badener Einzelhandel



Der Hauptausschuss des Gemeinderats traf sich am Montagabend zu seiner ersten Sitzung nach der Weihnachtspause.

Baden-Baden, 17.01.2017, 00:00 Uhr, Bericht: Christian Frietsch Nicht etwa der Vortrag zum Planungsstand des G20-Treffens der Finanzminister und Notenbankchefs in Baden-Baden sorgte gestern im Rathaus für Emotionen. Über alle Einzelheiten hatte goodnews4.de am 11. Januar 2017 auch schon berichtet. Es war eine Anfrage von Beate Böhlen, die der abendlichen Hauptausschusssitzung im Baden-Badener Rathaus etwas von seiner Routine nahm.

Nach Medienberichten will die Metzgerei Vogt ihre Filiale in der Gernsbacher Straße schließen. Dies nicht etwa, weil die Baden-Badener neuerdings Mailänder Salami und Schwarzwälder Schinken digital bestellen, sondern einfach deshalb, weil offenbar keine Metzgerei-Fachverkäufer mehr zu finden sind. Oberbürgermeisterin Margret Mergen verwies auf die Rolle des Frequenzbringers der von der Bühler Metzgerei Vogt in der Gernsbacher Straße betriebenen Filiale.

OB Mergen berichtete über zwei Treffen, die sie mit Vertretern des Baden-Badener Einzelhandels, des Einzelhandelsverbandes Südbaden und Vertretern der IHK gehabt habe. Der Onlinehandel habe «dramatische» Umsatzzuwächse während der stationäre Einzelhandel trotz guter Konjunktur Umsatzeinbrüche verzeichnen würde, brachte sie als Ergebnis der Gespräche mit.

Mit den aktuellen Zahlen des Statistischen Landesamtes zum Stand Oktober 2016 decken sich die Angaben allerdings nicht. Für den Zeitraum Januar bis Oktober 2016 ist gegenüber dem Vergleichszeitraum des Jahres 2015 für den Einzelhandel nominal ein Umsatzplus von 1,2 Prozent, real um 1,1 Prozent zu verbuchen.

Neben dem Onlinehandel machte OB Mergen noch andere Gründe für die Probleme des Einzelhandels in Baden-Baden aus. Dies seien Unternehmensnachfolge, hohe Mieten und die kleinen räumlichen Einheiten der Baden-Badener Geschäfte. Die Stadtverwaltung plane eine Kundenumfrage «was sucht der Kunde in Baden-Baden, was vermisst er?», kündigte die Oberbürgermeisterin an. Die Stadtverwaltung verspreche sich davon Informationen, was von Seiten der Stadt getan werden könne, um die Situation für die Einzelhändler zu verbessern. Dazu gehörten «Verkehrsinfrastruktur, Beleuchtung, Sitzgelegenheiten». Sie wünsche sich zudem, dass Gastronomie und Einzelhandel noch besser zusammenarbeiten, zum Beispiel für gemeinsame Öffnungszeiten und Fragen der Beleuchtung der Geschäfte nach Ladenschluss. Die Befragung will das Baden-Badener Rathaus im Frühjahr durchführen lassen.

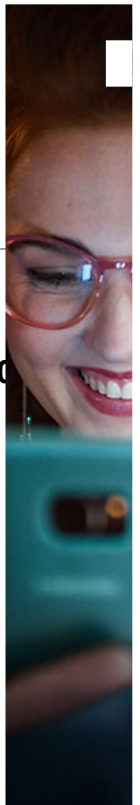
Ein guter Rat an manche Einzelhändler fehlte jedoch an diesem Abend. Die Herausforderung des Wettbewerbs annehmen und den neuen Technologien nicht abwehrend gegenüber zustehen. Vielleicht durch ein zweites Bein im Onlinehandel. Die Zeit zurückdrehen geht nicht. Obwohl dies ab Freitag auch in Washington versucht wird.

Die Tagesordnungspunkte der Hauptausschusssitzung vom 16. Januar 2017 im Baden-Badener Gemeinderat im Einzelnen:

TOP 1 Informationen der Verwaltung

Oberbürgermeisterin Margret Mergen informierte über den Stand der Vorbereitungen zum G20-Treffen der Finanzminister und Notenbankchefs. goodnews4.de berichtete am 11. Januar 2017.

TOP 3 Doppelhaushalt 2016/17, Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung und des Investitionsprogrammes, Beschluss von Wirtschaftsplänen



Stadtkämmerer Thomas Eibl stellte für die Haushalte 2018, 2019 und 2020 ein «knapp ausgeglichenes» Ergebnis beziehungsweise eine «leichte Unterdeckung» in Aussicht. Prognose der Einnahmen: 240 Millionen Euro in 2018, 242 Millionen Euro in 2019, 246 Millionen Euro in 2020. Grund für die höheren Einnahmen seien höhere Beträge beim Finanzausgleich, höhere Gewerbesteuererinnahmen. Prognose Aufwandseite: 241 Millionen Euro in 2018, 244 Millionen Euro in 2019 und 248 Millionen Euro in 2020. Die Liquidität betrage aktuell 40 Millionen Euro, die Unterdeckung würde in 2018 und 2019 zu einem Liquiditätsabfluss von 8 bis 9 Millionen Euro führen. Thomas Eibl betonte, dass der städtische Haushalt immer den «Charakter einer Prognose» habe, dass viele Faktoren sich schwer schätzen ließen, wie zum Beispiel die Höhe der Gewerbesteuererinnahmen. Bei der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 sei die Unschärfe entsprechend größer.

Die Beschlussvorlage wurde von der Verwaltung noch am Montag ergänzt und korrigiert und erst am späten Vormittag erneut an die Stadträte versendet. Gunter Seifermann, Die Grünen, beantragte deshalb, dass der Hauptausschuss keine Empfehlung an den Gemeinderat beschließe, sondern man in den Fraktionen die Änderungen bespreche und dann im Gemeinderat am 30. Januar entscheide. Dem Antrag folgte OB Mergen.

TOP 4 Maßnahmenvorschläge der Kindergartenbedarfsplanung zur Abdeckung des zusätzlichen Bedarfs

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Wie in der Vorlage mit der Drucksachenummer 16.191 beschrieben sind insgesamt die Kinderzahlen verglichen mit dem Vorjahreszeitraum stark angestiegen. Die Betreuungsplätze weisen weiterhin eine hohe Auslastung auf. Damit verbunden ist eine ungebrochen starke Nachfrage nach Betreuungsplätzen, die bei der zentralen Kita-Vormerkung aufläuft. Insgesamt sind 150 Kinder unversorgt. Deshalb schlägt die Verwaltung zur Abdeckung der hohen Betreuungsbedarfe im Bereich des Sozialraums 2, Stadtteile Weststadt, Oos und Cité vor, auf dem städtischen Flurstück Nr. 7833 im Keltenweg eine Kindertagesstätte zu bauen. Der Betrieb der neuen Einrichtung soll unter städtischer Trägerschaft geführt werden. Für die Baumaßnahme soll ein Architektenwettbewerb nach RPW (Richtlinien für Planungswettbewerbe) durchgeführt werden. Die Baumaßnahme wird von der GSE betreut.*

Beate Böhlen beantragte noch einmal möglichen Träger nach deren Interesse an der Trägerschaft für den neuen Kindergarten zu befragen.

Günter Seifermann fragte nach den Altlasten auf dem Grundstück, wo sich früher eine Deponie befand. Alexander Wieland, GSE, und Bernhard Schäfer, Eigenbetrieb Umwelttechnik, sagten, dass sich mögliche Altlasten nur im Randbereich des Grundstücks befänden, nicht im eigentlichen Baufeld befinden.

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

TOP 5 Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Der Landtag von Baden-Württemberg hat Ende des Jahres 2015 die Gemeindeordnung für Baden-Württemberg novelliert. Die gesetzliche Änderung betrifft auch die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit. Entsprechend sind Aufwendungen für die entgeltliche Betreuung und Pflege von Angehörigen während der Ausübung der ehrenamtlichen Tätigkeit zu erstatten (§ 19 Abs. 4 Gemeindeordnung Baden-Württemberg). Ziel der Regelung ist die bessere Vereinbarkeit von Familie und Ehrenamt. Die Mandatsträger erhalten bei Vorliegen der Voraussetzungen pauschal 100 Euro / Monat bei Gemeinderäten/rätinnen, pauschal 50 Euro / Monat bei Ortschaftsräten/rätinnen im Nachhinein halbjährlich zum 31.07. und zum 31.12. auf Antrag unter Vorlage einer schriftlichen Erklärung.*

Bei drei Enthaltungen wurde der Satzungsänderung zugestimmt.

TOP 6 Ehrenamt? Kostenlos und unbezahlbar

Aus der Vorlage der Verwaltung: *Die Verwaltung hat erste Ansätze für ein Ehrenamtskonzept erarbeitet. Diese sollen in den nächsten Monaten konkretisiert und diskutiert werden. Hierzu beabsichtigt die Verwaltung, im Frühjahr mit Vertretern aus Vereinen und Institutionen moderierte Workshops durchzuführen, insbesondere unter dem Aspekt «Was kann die Verwaltung tun, um Vereine in ihrer ehrenamtlichen Arbeit noch besser zu unterstützen?» Nach Aufarbeitung der Ergebnisse soll ein endgültiges Konzept entwickelt und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt werden. Vorrangige Handlungsfelder zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sind die Bereiche*

- *Infrastruktur und Vernetzung Zugangswege und Informationen zum Engagement müssen einfach, übersichtlich und unbürokratisch sein. Nur dadurch ist auch eine Vernetzung der unterschiedlichen Akteure und die Gewinnung möglicher neuer Ehrenamtlicher erreichbar.*
- *Voraussetzungen und Rahmenbedingungen Die Voraussetzungen für die Einführung neuer Projekte auf dem Gebiet des bürgerschaftlichen Engagements werden verbessert, ebenso rechtliche, organisatorische und finanzielle Rahmenbedingungen. – Wertschätzung des Ehrenamts Bürgerschaftliches Engagement braucht eine gesellschaftliche Kultur der Anerkennung und Wertschätzung, zu der unterschiedliche Formen der Würdigung, Ermutigung und Belobigung gehören.*

TOP 7 Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen, Erbschaften und sonstigen ähnlichen Zuwendungen; Entscheidung über die Annahme und Vermittlung

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

goodnews4Baden-Baden Breaking News kostenlos abonnieren!

Jeden Tag sendet goodnews4.de die wichtigste Nachricht als News-E-Mail.

[Hier abonnieren!](#)